

Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek im Gespräch mit Heidi Schrodt

Im Rahmen der Reihe ZOOM Lectures fand am 23. 10. 2014 im ZOOM Kindermuseum ein Gespräch zwischen **BM Gabriele Heinisch-Hosek** und der Buchautorin und ehemaligen Direktorin der AHS Rahlgasse **Heidi Schrodt** statt, das von **Lisa Nimmervoll** vom Standard moderiert wurde. Ausgangspunkt war Schrodts Buch „Sehr gut oder Nichtgenügend? Schule und Migration in Österreich“.

Schrodt war 17 Jahre Professorin für Deutsch und Englisch in einer AHS im 10. Bezirk. 1989 schloss sie eine Wette mit dem VS-Klassenelternvertreter ihres Sohnes ab, der Hauptschullehrer im 10. Bezirk war. Sie vereinbarten die Rollen zu tauschen, jeder sollte in der 1. Klasse des anderen einige Zeit unterrichten und sie ging davon aus, dass die Unterschiede nicht groß sein würden. Sie musste feststellen, dass sie sich geirrt hatte, die Schulwelt in der HS war völlig anders als in der AHS und sie fühlte sich auf den Umgang mit Hauptschulschüler/innen nicht vorbereitet.

Heinisch-Hosek wurde an der Pädagogischen Akademie zur Hauptschullehrerin ausgebildet, unterrichtete aber nur ganz kurz in der HS und übernahm dann eine Karenzvertretung in einer Schule für schwerhörige Kinder. Sie hatte keine Ausbildung dafür und holte diese berufsbegleitend nach. Es wurde ohne Gebärdensprache unterrichtet und es war nicht immer leicht, die Schüler/innen zu motivieren, denn wenn diese keine Lust mehr hatten schalteten sie die Hörgeräte aus.

Auf die Frage von **Nimmervoll** was sich seit 1989 geändert habe, meint **Schrodt**, dass heute in der AHS wesentlich mehr Kinder aus Migrantenfamilien wären, dass es aber in der AHS nach wie vor möglich sei unliebsame Schüler/innen in die HS/NMS als „Rückfluter“ abzuschieben und dass AHS und HS Lehrer/innen in zwei Welten lebten. **Heinisch-Hosek** verweist auf die sprachliche Förderung, sie wurde von fünf auf 20 Mio € erhöht. Kinder von fünf bis sieben Jahren sollten als Einheit gesehen werden. Das Dienstrecht der Lehrer/innen der unterschiedlichen Schultypen müsse angepasst werden, das werde aber einige Zeit dauern. Der Kulturwandel müsse in den Köpfen der Menschen erreicht werden. **Schrodt** sieht in der Konzentration auf die Frühförderung eine gute Sache, die aber nicht ausreiche. Der Spracherwerb bei Deutsch als Zweitsprache daure fünf bis acht Jahre. Die Teilung mit zehn bezeichnet sie als grausam. Für **Heinisch-Hosek** ist die gemeinsame Schule nach wie vor ein wichtiges Ziel und sie sieht mit Vizekanzler Mitterlehner bessere Chancen hier weiter zu kommen. Sie wünscht sich Modellregionen, die kein Schulversuch sein sollen, um nicht auf die Zweidrittelmehrheit angewiesen zu sein. **Schrodt** ist, obwohl sie AHS Direktorin war für die gemeinsame Schule, vor allem, weil sie sich viele positive Beispiele im Ausland angesehen hat. Sie müsse aber gut gemacht werden, es bedürfe einer völlig anderen Art des Unterrichtens. Auf die Frage von **Nimmervoll**, ob die Lehrer/innen dafür ausgebildet seien, meint die **Ministerin**, dass die Pädagog/innenbildung neu alles biete was notwendig sei. In drei von vier Regionen funktioniere auch die Zusammenarbeit zwischen Universität und Pädagogischer Hochschule, nur in der Ostregion noch nicht. 2054 werden alle die derzeit unterrichten in Pension sein, so lange könne man nicht warten.

Auf **Nimmervolls** Hinweis, dass Lehrer/innen der vielen Dauerreformen überdrüssig wären, entgegnet **Schrodt**, dass man die Freude am Unterrichten nicht unterschätzen solle, viele Lehrer/innen liebten ihren Beruf. An den sogenannten Brennpunktschulen sei man aber am Ende der Kräfte, es fehle Unterstützungspersonal. Hier liege Österreich am untersten Ende der OECD. Besonders krass sei die Problematik in den Ballungsräumen. Im 18. Bezirk in Wien seien die deutschsprachigen Kinder in der NMS nur mehr solche, die aus betreuten Wohneinrichtungen kämen. **Heinisch-Hosek** erwidert, dass die Ressourcen bis 2016 durch den Finanzausgleich verteilt seien, da könne weder sie noch der Finanzminister etwas ändern. Es gebe aber 2000 Personen mehr an Unterstützungspersonal für ganz Österreich in diesem Schuljahr.

Nimmervoll fragt, ob die Migration wirklich das Problem sei und liest aus dem Buch eine Passage vor, wo ein Vater tagsüber im Bett des Sohnes schlafe und der Sohn daher auch krank in die Schule

gehen müsse. Migration an sich sei nicht das Problem, antwortet **Schrodt**, sondern in Verbindung mit dem sozio-ökonomischen Status der Familien. Hier habe das Schulsystem viel zu spät reagiert. **Heinisch-Hosek** erwähnt die Planung einer sozialindexgesteuerten Zuweisung der Finanzen. **Schrodt** bedauert, dass die Zuwanderung so stark mit negativen Determinanten gekoppelt werde. Die Kinder des 10. Bezirks fühlen sich als Favoritner/innen, die Jugendlichen des 22. Bezirks lieben ihren Bezirk ganz besonders. **Nimmervoll** verweist darauf, dass alle Eltern, auch die mit Migrationshintergrund, Angst vor einem überforderten Schulsystem hätten. Das müsse man ernst nehmen, antwortet **Schrodt**, Bildung sei das wichtigste Kapital, vor allem für die Mittelschichten. Die Eltern müssten ins Boot geholt, nicht in die Pflicht genommen werden. So lange es eine Schulform gibt, die höher angesehen ist als eine andere, werden die Eltern ihre Kinder in diese geben wollen. **Heinisch-Hosek** wünscht sich verstärkte Elternarbeit, in anderen Ländern würden Lehrer/innen die Familien auch zu Hause besuchen, bei uns sei das verpönt.

In der **Diskussion** kritisiert eine **Vertreterin des AMS**, dass die Schule nicht die gesamte Verantwortung für die Bildung übernehme und den Eltern zu viel überlasse. Schulautonomie sei gefährlich. Schüler/innen die in ihrem Heimatland höhere Schulen besucht hätten, aber nicht mehr schulpflichtig sind, seien bei uns auf die Gnade von Direktor/innen angewiesen, ob sie aufgenommen werden. Eine **Lehrerin** fragt nach dem Stellenwert der Förderung in den Muttersprachen und kritisiert die Zunahme der Vorschulklassen, was auf Kosten von Unterrichtsstunden in den anderen vier Klassen gehe. Eine ehemalige **BAKIP Direktorin** meint, dass der Kindergarten – so lange er immer nur als Vorbereitung auf die Schule gesehen werde – bei den Vierjährigen ende. Bildung beginne aber mit dem ersten Lebensjahr und darauf werde in den BAKIPs nicht vorbereitet. Ein **Lernbetreuer** kritisiert unfähige Lehrer/innen, ein **Teilnehmer** die Schulbauten, die nicht für ganztägige Betreuung geeignet seien, ein ehemaliger **Direktor** spricht die Problematik eines Flüchtlingskindes an das nach der Übersiedlung von NÖ nach Wien weder die 4. Klasse Hauptschule wiederholen noch in die Polytechnische Schule gehen dürfe weil es nicht mehr schulpflichtig ist. Ein **Student** fragt nach den Aufnahmekriterien an der PH und Universität für das Lehramt, derzeit werde praktisch jeder genommen. Eine **Hauptschullehrerin** spricht die große Armut der Familien in ihrem Bereich an, da seien schon 4 € ein großes Problem. Eine **Teilnehmerin** fragt nach der Diversität bei den Lehrer/innen. Ein **Lehrer** erzählt das Beispiel eines Schülers, der mit hohem Fieber in die Schule kam, die Mutter am Telefon aber erklärte, sie sei Prostituierte, müsse ihrem Beruf nachgehen und der Sohn könne nicht vor 12 Uhr nach Hause kommen. Er nennt es „Wahnsinn, dass Menschen noch an eine Trennung mit zehn glauben“ und fragt, ob es ein Konzept für die gemeinsame Schule gebe.

Heinisch-Hosek spricht sich für die Ganztagschule aus, da übernehme die Schule mehr Bildungsverantwortung. Für den Muttersprachenunterricht stehen 400 Lehrer/innen zur Verfügung. Bei einem fließenden Übergang zwischen Kindergarten und Volksschule werde die Vorschulklasse entbehrlich. Die Ausbildung der Kindergartenpädagog/innen werde sich weiter entwickeln, das Aufnahmeverfahren an PH und Universität werde sich kurzfristig nicht ändern, aber es gebe intensive Gespräche. Bildungsstandards seien ein Mittel der Qualitätssicherung. Der Bauzustand der Schulen sei sehr unterschiedlich, das sei ein langwieriges Problem. Der Zugang zum Studium werde erleichtert was die Deutschkenntnisse betrifft, sodass auch mehr Migrant/innen Lehrer/innen werden können. Für die gemeinsame Schule brauche es Druck von außen. **Schrodt** spricht sich für ein Recht auf kostenlosen Schulbesuch bis 19 Jahre aus und dafür, dass die Kenntnisse in Deutsch als Kriterium für den AHS Zugang abgeschafft werden. Schule brauche mehr Autonomie, aber sie könne nicht alles leisten.

Dr. Christine Krawarik